

Gemeinsame Vereinbarung der demokratischen Parteien und der sie repräsentierenden Fraktionen und Einzelmitglieder im Rat der Stadt Monheim am Rhein

Für eine wehrhafte Demokratie – Keine Zusammenarbeit mit der AfD

Die hier unterzeichnenden demokratischen Parteien, Fraktionen und Einzelratsmitglieder bekennen sich gemeinsam zu den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Unsere politische Arbeit ist getragen von Respekt, Vielfalt und dem Schutz der Menschenwürde.

Wir demokratische Parteien, Fraktionen und Einzelratsmitglieder sind in der Verantwortung, uns konsequent gegen jede Form von Extremismus zu stellen. Extremismus, gleich welcher Ausrichtung, stellt eine Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung dar, da er darauf abzielt, den demokratischen Rechtsstaat zu untergraben, gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen und politische Entscheidungen durch Druck oder Gewalt zu beeinflussen.

Die Alternative für Deutschland ist eine staatsgefährdende Partei. Sie ist eine in weiten Teilen antidemokratische, geschichtsvergessene und menschenverachtende Partei. Führende Vertreter der AfD verharmlosen den Nationalsozialismus. Die AfD ist eine gefährliche Partei für unsere Gesellschaft und unser Land. Große Teile der AfD verfolgen einen völkisch-autoritären Politikansatz und stellen grundlegende Prinzipien unserer Verfassung infrage. Die AfD verachtet demokratische Institutionen und die repräsentative Demokratie. Die Ideologie der AfD steht in fundamentalem Widerspruch zu den Prinzipien einer offenen, pluralistischen und demokratischen Gesellschaft, die im Grundgesetz verankert sind. Aus diesem Grund stuft das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sie „aufgrund der die Menschenwürde missachtenden, extremistischen Prägung der Gesamtpartei als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein“.

Eine Zusammenarbeit mit solchen Kräften untergräbt die eigene Glaubwürdigkeit und stellt demokratische Werte infrage. Demokratie bedeutet Meinungsvielfalt und Kompromissbereitschaft – sie darf niemals zulassen, dass extremistische Ideologien in politische Entscheidungsprozesse Eingang finden.

Vor diesem Hintergrund einigen wir uns auf folgende Punkte:

1. Keine Zusammenarbeit: Wir schließen jede Form der Kooperation mit der AfD innerhalb der Stadtpolitik und im Rat der Stadt Monheim am Rhein aus. Der Schutz unserer Demokratie erfordert ein entschlossenes Vorgehen gegen alle Formen des Extremismus. Es gibt keine Zusammenarbeit mit der AfD – weder in direkter noch in indirekter Form.
2. Klare Abgrenzung: Wir distanzieren uns in politischen Debatten deutlich von der AfD und prangern ihre antidemokratische Agenda an.
3. Demokratische Mehrheit sichern: In strittigen Fragen setzen wir auf einen demokratischen Konsens und suchen aktiv den Austausch untereinander. Eine Zusammenarbeit mit der AfD ist für uns keine Option.
4. Wehrhafte Demokratie stärken: Wir treten gemeinsam für eine starke, vielfältige und tolerante Gesellschaft ein. Populismus, Hetze und demokratiefeindlichen Tendenzen stellen wir uns entschlossen entgegen.
5. Die Demokratie lebt von einem fairen und sachlichen Austausch politischer Positionen: Sachbeschädigungen und Gewalt jeglicher Art lehnen wir strikt ab und schützen politische Akteure wie Wahlkämpfende. Solche Einschüchterungsversuche und Gewaltakte haben in einer offenen Gesellschaft keinen Platz und müssen von allen demokratischen Kräften entschieden verurteilt werden. Wir führen den politischen Wettstreit mit Argumenten. Durch gegenseitigen Respekt und eine klare Abgrenzung gegenüber extremistischen und antidemokratischen Strömungen bewahren wir eine stabile und wehrhafte Demokratie.



Pia Kops
Die Linke Monheim am Rhein



Stefanie Einheuser
PETO